

Wie hängen Hochrüstung und Revanchismus in der BRD zusammen?

- **Reaktionäre Kräfte wittern Morgenluft**
- **Kampf gegen abgeschlossene Verträge**
- **Revanchismus und Frieden - unvereinbar**

Im gemeinsamen Kommuniqué über den Anfang Mai dieses Jahres erfolgten Freundschaftsbesuch einer Partei- und Staatsdelegation der DDR in der UdSSR wurde der „Beunruhigung über die Wiederbelebung revanchistischer Tendenzen in den reaktionären Kreisen der BRD“ Ausdruck verliehen.

In der Tat, die letzten Monate offenbaren: In der BRD regen sich verstärkt die Kräfte, die sich niemals mit der Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa abgefunden haben. Ihr Ruf nach Wiedererstehen eines deutschen Staates in den Grenzen von 1937 ist wieder öfters und lautstärker zu hören. Mit konstruierten Verdächtigungen, mit Verleumdungen und wahrheitswidrigen Be-

hauptungen versuchen sie, den Boden für eine Wende in den Beziehungen zur DDR und zu den sozialistischen Staaten und damit eine Zuspitzung und Verschärfung der politischen Situation zu erzwingen.

Nach dem Regierungswechsel in der BRD wittern die Revanchisten aller Schattierungen Morgenluft. Die Bonner Rechtskoalition, darauf weist das Präsidium der DKP in seiner Stellungnahme zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl hin, „ermuntert revanchistische, neonazistische und militaristische Kräfte, alle jene erzkonservativen und ultrakonservativen Kreise, die (in der BRD) für Konfrontationspolitik, für einen neuen kalten Krieg mobil machen“.

Imperialisten wollen Herrschaftsbereich ausdehnen

Diese Entwicklung ist Ausdruck des Expansionismus der deutschen Monopolbourgeoisie, die sich nicht mit den im Ergebnis des von ihr angezettelten zweiten Weltkrieges vollzogenen Veränderungen abfinden kann und will. Sie strebt nach Wiederausdehnung ihres Herrschaftsbereiches. Nationale Interessen der Nachbarn, völkerrechtlich gültige Verträge, das Streben und die Sehnsucht der Menschen nach Frieden und friedlicher Zusammenarbeit spielen für sie keine Rolle.

Instrumente, deren sich die aggressiven imperialistischen Kreise in der BRD bedienen, sind unter anderem die sogenannten Landsmannschaften. Eine unrühmliche Funktion übt auch der Springer-Konzern aus. Und es ist nicht zu übersehen, daß die von Strauß geführte CSU ein Sammelbecken für besonders reaktionäre, vom Völkerhaß verblendete Politiker darstellt. Gerade von dieser Partei kommen Töne, die von Haß gegen Frieden und gegen Sicherheit geprägt sind. Mit großdeutschen Wahnvorstellungen soll

die öffentliche Meinung in der BRD vergiftet werden. Welcher Ungeist dem Revanchismus zugrunde liegt, das zeigen die Äußerungen des CDU-Bundestagsabgeordneten und Vizepräsidenten des Dachverbandes der Landsmannschaften „BdV“, Hupka. Erst im Januar 1983 erklärte er: „Ostdeutschland umfaßt nicht nur Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße, also den heute unter polnischer und sowjetischer Herrschaft stehenden Teil des Deutschen Reiches, sondern auch das Sudetenland und die deutschen Siedlungsgebiete zwischen Ostsee und Schwarzem Meer.“

Hupka ist nicht der einzige Abgeordnete im Bonner Parlament, der solche oder ähnliche revanchistische Vorstellungen von Europa hat. Insgesamt sind nach der letzten Bundestagswahl mindestens 40 Abgeordnete mit offensichtlich revanchistischen Ambitionen in den Bundestag eingerückt, darunter der Präsident des „BdV“, Czaja, und viele andere Führungskräfte der Landsmannschaften.

Unverkennbar ist das Streben der Revanchisten nach verstärktem Einfluß auf die Politik der BRD-Regierung gegenüber den sozialistischen Staaten Osteuropas, einschließlich der DDR. In Gesprächen mit Vertretern der Bonner Regierung haben die Landsmannschaftsführer vielfältige Möglichkeiten, ihre weitreichenden Forderungen nach einem neuen imperialistischen Großdeutschland vorzutragen. Der „BdV“-Präsident berichtete schon Ende Oktober vergangenen Jahres stolz, wie er Einfluß auf die damalige Regierungserklärung Kohls genommen hat. Er